



Erkennen, was möglich ist.

Die Auswirkung von Währungskriegen

KURZ GEFASST:

„Währungskriege“ erhöhen drastisch die Risiken für einen reibungslosen grenzüberschreitenden Handel und für Investitionen. Die größten Risiken für Unternehmen ergeben sich aus einer Unsicherheit in puncto Regierungspolitik (die deutliche Veränderungen erfahren könnte), Währungsvolatilität (die noch mindestens weitere 18 Monate andauern wird) und Unterbrechungen der Versorgungskette (die die ohnehin empfindlichen Gewinne bedrohen). Währungs- und Handelsstreitigkeiten zwischen Ländern werden sich häufen und dies wird sich auch auf die Versorgungsketten auswirken.

AKTUELLE ENTWICKLUNGEN: DIE GEFAHR NEUER WÄHRUNGSKRIEGE WÄCHST

Die Schuldenkrise in den USA und Europa beherrscht die Schlagzeilen. Zugleich wächst die Angst davor, dass die Nachfrage aus den Schwellenländern eine zweite Rezession nicht verhindern kann. Eine weitere Gefahr lauert hinter den großen Schlagzeilen der letzten Wochen – sowohl die „Währungskriege“ als auch die damit einhergehende Verbreitung protektionistischer Politik bedrohen die Effizienz der Versorgungskette.

„Währungskriege“ oder – nicht so martialisch ausgedrückt – Währungsmanipulationen sind immer wieder ein Thema, wenn die Weltwirtschaft ins Stocken gerät. Regierungen versuchen in diesem Zusammenhang über ihre Währung das Exportwachstum anzukurbeln. Wenn eine substantielle Anzahl von Ländern diese Politik übernimmt, birgt das Risiken für grenzüberschreitenden Handel und Investitionen. Vor allem für Unternehmen nimmt die Unsicherheit zu. Deshalb ist es wichtig, die Auswirkungen eines dauerhaften Ungleichgewichts zwischen den führenden Währungen auf die Weltwirtschaft und den Welthandel immer im Blick zu behalten.

Für viele Länder (vor allem Industrienationen wie die USA und die Staaten Europas) ist es momentan schwierig, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Vielerorts ist die Binnennachfrage zu gering: Konsumenten und Unternehmen geben zu wenig Geld im eigenen Land aus. Wenn die Nachfrage im Inland das Wachstum einer

Volkswirtschaft nicht mitträgt, schauen Regierungen gerne auf den Export. Sie prüfen politische Maßnahmen, die die Exportquote ihres Landes steigern. Dafür gibt es mehrere Optionen. Eine der meistgenutzten besteht darin, die Währung abzuwerten. Damit werden Güter und Dienstleistungen eines Landes auf dem Weltmarkt relativ gesehen billiger. Eine schwache Währung erhöht zudem die Kosten von Importen und macht die landeseigenen Produzenten damit wettbewerbsfähiger auf dem heimischen Markt, was wiederum das Wachstum im Inland fördert.

Seit Mitte des Jahres 2008 und verstärkt durch die nachfolgenden Krisenmonate erachten viele der großen Exportnationen es für sinnvoll, dass ihre Währungen schwach bleiben. Auch die chinesische Regierung folgt einer solchen Politik: Der Renminbi bleibt weiterhin unterbewertet. Die USA haben die chinesische Regierung dafür scharf kritisiert. Dabei war es ihre eigene quantitative Lockerung (QE) zum Ankurbeln der eigenen Wirtschaft, die die US-Währung stark belastet hat. Die USA hielten ihre eigene Währung ebenfalls vorsätzlich schwach, was wiederum zu harscher Kritik seitens der chinesischen Regierung führte. Auch Großbritannien hat eine quantitative Lockerung implementiert, um die eigene Wirtschaft zu stützen. Inzwischen haben die Schuldenkrise in Europa und die Unfähigkeit der Politiker, sich auf eine langfristige Lösung, vor allem im Hinblick auf die Probleme Griechenlands, zu einigen, den Euro geschwächt.



Erkennen, was möglich ist.

AUSBLICK UND IMPLIKATIONEN DER MOMENTANEN POLITISCHEN TRENDS

All dies hat dazu geführt, dass drei der vier Leitwährungen (US-Dollar, Euro und britisches Pfund) schwächer sind als erwartet. Daher suchen Devisenhändler und Anleger einen sicheren Hafen für ihre Devisen. Das führte wiederum zur Aufwertung von japanischem Yen und Schweizer Franken: Der Wert beider Währungen ist seit Beginn des Jahres 2011 stark gestiegen, was die Exportfähigkeit dieser Länder belastet. Insbesondere China kommt in diesem Wechselspiel der Währungen eine entscheidende Rolle zu. Viele der mit den aktuellen Währungsentwicklungen einhergehenden Probleme könnten gelöst werden, erhöhte die chinesische Regierung die Flexibilität des Renminbi-Wechselkurses. Jedoch scheint es eher unwahrscheinlich, dass dies in den nächsten Jahren passieren wird. Der Renminbi wird zwar aufgewertet werden, aber viele der Handelspartner Chinas werden ihn auch weiterhin als unterbewertet wahrnehmen. Es wäre der Lage ebenfalls zuträglich, wenn der Schuldenkrise in Europa und den USA mit einer starken politischen Führung und einer klaren Handlungslinie begegnet würde. Leider war eine solche Entwicklung in den vergangenen Wochen und Monaten nicht in dem Maße erkennbar, dass sich Spannungen gelöst hätten.

Währungsmanipulationen können erhebliche Auswirkungen auf Risiken in Verbindung mit grenzüberschreitenden Geschäften haben. Es gibt drei Hauptrisiken:

Unsicherheit der Politik, Unsicherheit der Währung und Störungen der Versorgungskette. Wenn die Länder versuchen, ihre Währungen auszugleichen, ist es möglich, dass Regierungen Maßnahmen umsetzen, die sich auf grenzüberschreitende Geschäfte auswirken. Ein Beispiel ist die Anbindung des Schweizer Franken an den Euro, die den Schweizer Franken über Nacht effektiv um sechs Prozent abgewertet hat und Händlern einen unerwarteten potenziellen Verlust bescherte. Politische Unsicherheit sowie die mangelnde Verlässlichkeit und Vorhersehbarkeit politischer Entscheidungen befeuern also die allgemeine Währungsunsicherheit. Auch wenn Unternehmen die Risiken der Währungsschwankungen durch Sicherungsgeschäfte verringern können, bedeutet dies doch auch wieder zusätzliche Kosten und eine Verringerung der Gewinne – bei ohnehin schrumpfenden Margen. Die Währungsvolatilität wird noch mindestens die nächsten 18 Monate lang ein wesentliches Merkmal der Weltwirtschaft bleiben. Der letzte Punkt: Handelsbarrieren. Länder mit stärkeren Währungen setzen vermehrt auf Maßnahmen, die ihren Binnensektor schützen: Handelsbarrieren wie Zölle und Importquoten bedrohen so das reibungslose Funktionieren der Versorgungsketten. Während der Krisenzeit 2008/09 wurden solche politischen Veränderungen oft sozusagen über Nacht durchgesetzt, was für noch mehr Unsicherheit bei Unternehmen bezüglich grenzüberschreitenden Handels und Investitionen sorgte.

AUTOR: CHRISTIAN NOACK

www.dnbgermany.de



Decide with Confidence

D&B DEUTSCHLAND GMBH
Havelstraße 9 | 64295 Darmstadt
T (0 61 51) 13 75-7 77 | F (0 61 51) 13 75-6 75
kundenservice@dnbgermany.de



Erkennen, was möglich ist.

ÜBER D&B DEUTSCHLAND

D&B Deutschland (früher Dun & Bradstreet) ist ein Unternehmen der Bisnode Gruppe und gehört zum weltweiten D&B Netzwerk, dem Weltmarktführer für Wirtschaftsinformationen und Firmenbewertungen. Unternehmen aus allen Branchen nutzen die Daten und Lösungen von D&B Deutschland zur Bonitätsprüfung, bei der Kundengewinnung und im strategischen Einkauf.

Basis dafür ist die D&B Datenbank mit Informationen über 4,7 Millionen deutsche Unternehmen und mehr als 200 Millionen weltweit. In die Bonitätsbewertung der

Firmen fließt auch deren Zahlungsverhalten ein. Dazu wertet D&B alleine in Deutschland jährlich mehr als 600 Millionen Rechnungsinformationen aus.

Die Zuordnung aller Informationen zu den Unternehmen ist durch die von D&B eingeführte D-U-N-S® Nummer eindeutig. Die D-U-N-S® Nummer wird unter anderem vom Verband der Automobilindustrie (VDA), vom Verband der Chemischen Industrie (VCI), von der Europäischen Kommission und von der ISO als Standard empfohlen und eingesetzt.